



## Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und WGK: Fortführung der imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft - Schaffung eines Liquiditätspolsters

<b>VO/2023/099</b>	<b>Fraktionsantrag</b>
öffentlich	Datum: 07.03.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
10.03.2023	Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö
13.03.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

### Begründung der Nichtöffentlichkeit

### Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss am 10. März 2023 empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis in kommunaler Trägerschaft fortzuführen und dazu die Verwaltung zu ermächtigen, sämtliche Maßnahmen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, damit die derzeit im Eigentum des Kreises Rendsburg-Eckernförde stehenden und der Imland gGmbH zur Nutzung überlassenen Grundstücke als Sicherheiten für eine Finanzierung der Imland gGmbH genutzt werden können; insbesondere die betreffenden Grundstücke - gegen Gewährung oder ohne Gewährung von Gesellschafterrechten - in die Imland gGmbH als Stammeinlage einzubringen, d.h. an die Imland gGmbH zu übertragen.
2. Der Kreistag am 13. März 2023 beschließt, die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis in kommunaler Trägerschaft fortzuführen und dazu die Verwaltung zu ermächtigen, sämtliche Maßnahmen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, damit die derzeit im Eigentum des Kreises Rendsburg-Eckernförde stehenden und der Imland gGmbH zur Nutzung überlassenen Grundstücke als Sicherheiten für eine Finanzierung der Imland gGmbH genutzt werden können; insbesondere die betreffenden Grundstücke - gegen Gewährung oder ohne Gewährung von Gesellschafterrechten - in die Imland gGmbH als Stammeinlage einzubringen, d.h. an die Imland gGmbH zu übertragen.

### Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

## **Relevanz für den Klimaschutz**

## **Finanzielle Auswirkungen**

### **Anlage/n:**

1	Antrag_SPD_GRÜNE_WGK-Fortführung Inland in kommunaler Trägerschaft-Schaffung eines Liquiditätspolsters
---	--



Rendsburg, den 7. März 2023

**Antrag zu TOP 11.1.7 Hauptausschuss am 10.03.2023**  
**Antrag zu TOP 5.1.6 Kreistag am 13.03.2023**

### **Fortführung der Imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft – Schaffung eines Liquiditätspolsters**

**Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die WGK-Fraktion beantragen:**

1. Der Hauptausschuss am 10. März 2023 empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis in kommunaler Trägerschaft fortzuführen und dazu die Verwaltung zu ermächtigen, sämtliche Maßnahmen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, damit die derzeit im Eigentum des Kreises Rendsburg-Eckernförde stehenden und der Imland gGmbH zur Nutzung überlassenen Grundstücke als Sicherheiten für eine Finanzierung der Imland gGmbH genutzt werden können; insbesondere die betreffenden Grundstücke - gegen Gewährung oder ohne Gewährung von Gesellschafterrechten - in die Imland gGmbH als Stammeinlage einzubringen, d.h. an die Imland gGmbH zu übertragen.

2. Der Kreistag am 13. März 2023 beschließt, die stationäre Krankenhausversorgung im Kreis in kommunaler Trägerschaft fortzuführen und dazu die Verwaltung zu ermächtigen, sämtliche Maßnahmen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, damit die derzeit im Eigentum des Kreises Rendsburg-Eckernförde stehenden und der Imland gGmbH zur Nutzung überlassenen Grundstücke als Sicherheiten für eine Finanzierung der Imland gGmbH genutzt werden können; insbesondere die

betreffenden Grundstücke - gegen Gewährung oder ohne Gewährung von Gesellschafterrechten - in die Imland gGmbH als Stammeinlage einzubringen, d.h. an die Imland gGmbH zu übertragen.

**Begründung:**

Die für die Fortführung des Geschäftsbetriebs in kommunaler Hand erforderliche weitere Liquidität der Imland gGmbH soll dadurch gesichert werden, dass der Kreis die Imland Klinik kreditmittelfähig ausstattet, indem der Kreis das Eigentum an den Klinikgrundstücken ganz oder teilweise als Sacheinlage in die Gesellschaft einbringt.

Anke Göttsch  
für die SPD-Fraktion

Dr. Christine von Milczewski  
für die Fraktion  
Bündnis90/Die Grünen

Dr. Andreas Höpken  
für die WGK-Fraktion